

Winfried Brömmel, Helmut König,
Manfred Sicking (Hg.)

Populismus und Extremismus in Europa

Gesellschaftswissenschaftliche
und sozialpsychologische
Perspektiven

Aus:

Winfried Brömmel, Helmut König, Manfred Sicking (Hg.)

Populismus und Extremismus in Europa

Gesellschaftswissenschaftliche
und sozialpsychologische Perspektiven

August 2017, 188 Seiten, kart., 19,99 €, ISBN 978-3-8376-3838-7

Populistische Protestbewegungen, Gruppierungen und Parteien erhalten viel Zulauf – sie schüren antieuropäische Vorbehalte, die sich aus einem generellen Unbehagen an Politik, Staat und Medien speisen.

Die Beiträge des Bandes beleuchten das unübersichtliche Terrain von Nationalismus, Populismus und Extremismus in Europa und fragen, warum antidemokratischer Fundamentalismus, Terrorismus und Gewaltmilieus an Attraktivität gewinnen. Zudem erörtern sie, wie wir die Logik des Ressentiments und die Faszination von Gewalt und Fanatismus fassen können.

Winfried Brömmel ist Geschäftsführer der Initiative »Europäische Horizonte« und Leiter des EUROPE-DIRECT-Informationsbüros der Stadt Aachen.

Helmut König (Dr. phil.) ist Professor für Politische Wissenschaft mit dem Schwerpunkt Politische Theorie und Ideengeschichte an der RWTH Aachen.

Manfred Sicking (Dr. phil.) ist Beigeordneter für Wirtschaftsförderung, Soziales und Wohnen der Stadt Aachen und Honorarprofessor am Institut für Politische Wissenschaft der RWTH Aachen.

Weitere Informationen und Bestellung unter:

www.transcript-verlag.de/978-3-8376-3838-7

Inhalt

Vorwort | 7

Statt einer Einleitung

Populismus und Extremismus in Europa.
Sondierungen der Lage und Erklärungsversuche
Helmut König | 11

**Populismus und Extremismus in Europa – eine Gefahr
für die Demokratie?**

Frank Decker | 43

Populisten verstehen!?

Claus Leggewie | 63

Populismus und der ›gesunde Menschenverstand‹

Common Sense als Bezugspunkt des Volkswillens
Emanuel Richter | 79

**PEGIDA – Provinzposse oder Verbote eines neudeutschen
Rechtspopulismus?**

Hans Vorländer | 107

Zwischen Elitenkritik und Menschenfeindlichkeit

Rechtspopulistische Orientierungen in der Bevölkerung
Andreas Zick | 119

Spiegel der Menschheit?

Die Zukunft der Migrationsmaschine Deutschland

Volker M. Heins | 149

Abendland – Deutschland – Europa

Vier ideenpolitische Fußnoten zum neudeutschen Diskurs
(und eine französische Marginalie)

Otto Kallscheuer | 167

Autoren und Herausgeber | 183

Vorwort

In diesem Buch publizieren wir eine Reihe von öffentlichen Vorträgen, die zwischen dem 30. Mai und dem 9. Juni 2016 in Aachen gehalten worden sind. Einige Beiträge wurden nachträglich in den Band aufgenommen. Die Vortragsreihe veranstaltete die Initiative *Europäische Horizonte*, zu der sich die Stadt Aachen mit dem EUROPE DIRECT Informationsbüro und der Route Charlemagne, das Kulturwissenschaftliche Institut Essen, die Regionale Vertretung der Europäischen Kommission in Bonn sowie das Institut für Politische Wissenschaft der RWTH Aachen zusammengeschlossen haben.

Die Vortragsreihe wollte das unübersichtliche Terrain von Nationalismus, Populismus und Extremismus in Europa beleuchten und sondieren. Unübersehbar war ja die Tatsache, dass das stillschweigende Einverständnis, auf das sich die europäische Integration in ihrer Geschichte stets stützen konnte, in den letzten zehn Jahren einer offensiv vorgetragenen und weit verbreiteten Skepsis und Ablehnung gewichen war. Nationalistische Haltungen und nationale Egoismen bestimmen zunehmend das Bild. Das trat am Beispiel der Flüchtlingskrise und der Unfähigkeit der europäischen Institutionen, sich auf eine koordinierte Lösung der Probleme zu verständigen, deutlich zutage. Nicht erst seitdem erhalten populistische Protestbewegungen, Gruppierungen und Parteien, die antieuropäische Vorbehalte aufgreifen und schüren, großen Zulauf. Sie speisen sich aus einem diffusen Unbehagen an den Entscheidungen und Institutionen im fernen Brüssel, aber vor allem auch aus einem generellen Unbehagen an Politik, Staat und Medien. Antidemokratischer Fundamentalismus und populistische Strömungen gewinnen zunehmend an Attraktivität.

Helmut König beleuchtet in seinem einleitenden Beitrag die besorgniserregende Gegenwartslage, die sich mit der Wahl des amerikanischen Präsidenten Donald Trump noch einmal deutlich verschärft hat. Nicht

wenige Kommentatoren aus dem linken Lager des politischen Spektrums sehen in den populistischen Bewegungen und den Wahlerfolgen der entsprechenden Parteien eine Reaktion auf die zunehmende soziale Spaltung der modernen Gesellschaften. König plädiert dafür, die größeren geschichtlichen und sozialstrukturellen Zusammenhänge nicht zu unterschlagen, die eher auf eine Entfremdungskrise verweisen als auf die Wiederkehr der sozialen Frage.

Frank Decker beschäftigt sich in seinem Beitrag mit der Frage, welche Gefahr Populismus und Extremismus für die Demokratie darstellen. Zunächst erörtert er den Populismusbegriff, der in der Wissenschaft nicht unumstritten ist, und zeigt auf, mit welchen unterschiedlichen ideologischen Inhalten er verbunden sein kann. Ist der linke Populismus vor allem in Lateinamerika und Teilen Südeuropas zu finden, so dominiert im übrigen Europa und den USA der rechte Populismus. Ferner geht der Autor auf die Gründe für die sogenannte »populistische Revolte« ein und skizziert deren Folgen für die Demokratie. Einen besonderen Fokus legt Decker auf die plebiszitäre Transformation des politischen Prozesses und des Parteienwettbewerbs, die die populistischen Parteien vorangetrieben haben und weiter für sich nutzen. Vor diesem Hintergrund diskutiert er die Frage, ob plebiszitäre Mittel ein geeignetes Instrument dafür sind, die populistischen Auswüchse innerhalb der Demokratie zu begrenzen.

Claus Leggewie geht in seinem Beitrag mehreren Grundfragen nach und skizziert den Weg des Populismus vom 19. Jahrhundert bis in die heutige Zeit. War der Populismus früher darauf beschränkt, sich gegen die Mächtigen und Volksvertreter zu richten, die Politik als Beruf verstanden, richtet sich der Zorn heutzutage verstärkt gegen die, die als fremd empfunden werden. Daran anschließend wirft Leggewie einen genaueren Blick auf die Ursachen, die den Populismus in vielen modernen Staaten haben erstarken lassen. Besondere Aufmerksamkeit widmet er dem Niedergang sozialdemokratischer Parteien in Europa und der Welt, aber auch der Gestaltung verschiedener Politikfelder und der Frage, was linke Politik machen kann, um dem (rechten) Populismus zu begegnen.

In Europa treten zurzeit fast überall populistische Bewegungen oder Parteien auf, die bei vielen für Irritation sorgen. Eines haben alle diese Strömungen miteinander gemein: Sie fordern eine intensivere Anbindung des politischen Entscheidungsprozesses an den Willen des Volkes. *Emanuel Richter* blickt in seinem Beitrag aus einer sozialphilosophischen Sicht auf diese Forderung. Der Populismus verweist auf eine gleichsam

urwüchsige Kenntnis der Menschen darüber, was Politik zu leisten hat. Dieser Common Sense bzw. der gesunde Menschenverstand ist entscheidend, wenn es um den Einfluss von populistischen Parteien und Bewegungen auf die Stimme des Volkes geht. Zunächst werden anhand einiger theoriengeschichtlicher Stationen die Bedeutung des Common Sense und seine Facetten beleuchtet. Daran anschließend beschäftigt Richter sich mit der Frage, inwieweit diese Figur mit dem Populismus verknüpft werden kann und stellt die These auf, dass Populisten sich nicht wirklich auf den Common Sense stützen, sondern den Rückgriff auf einen ›halbierten‹ Common Sense praktizieren.

Hans Vorländer zeichnet in seinem Beitrag den Weg der PEGIDA-Bewegung in Dresden nach und stellt die Frage, ob es sich bei dieser Strömung lediglich um ein regional begrenztes Phänomen handelt oder ob sie der Vorbote einer neu-rechten, populistischen Bewegung in Deutschland ist. Nach Vorländer war der anfängliche Protest der PEGIDA-Anhänger vor allem gegen die Politik, die Medien und die konkrete Funktionsweise der Demokratie in Deutschland gerichtet, die islamophoben und xenophoben Komponenten traten erst später zu Tage. Auf dem Hintergrund dieser Beobachtung argumentiert Vorländer, dass die PEGIDA-Bewegung in Dresden, anders als ihre Ableger, nicht einfach als rechtsextrem eingestuft werden kann. Stattdessen sei PEGIDA eher als ›Stammtisch der Straße‹ zu verstehen, der maßgeblich zur Verrohung und Enthemmung des politischen sowie gesellschaftlichen Diskurses und der Protestkultur beigetragen hat.

Andreas Zick wirft einen sozialpsychologischen und empirischen Blick auf den Rechtspopulismus. Er grenzt ihn zunächst als einen festen Satz an Überzeugungen ein, erweitert die Bestimmung jedoch auch auf politische Orientierungen, die spezifische Facetten, Hintergründe und Zusammenhänge zu anderen Überzeugungen und Wahrnehmungen gesellschaftlicher Zustände aufweisen. Der Blick auf Orientierungen verlangt dabei eine eher interdisziplinäre Annäherung, die das Phänomen des Rechtspopulismus noch komplexer erscheinen lässt. Der Autor trägt zu einem empirisch-quantitativen Verständnis von rechtspopulistischen Orientierungen bei und nimmt u.a. Bezug auf Ergebnisse einer empirischen Bevölkerungsumfrage aus dem Jahr 2016, der sogenannten Mitte-Studie, die ein Forschungsteam des Instituts für Interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung (IKG) der Universität Bielefeld konzipiert und durchgeführt hat.

Volker M. Heins stellt in seinem Beitrag heraus, dass rechte und rechts-extreme Strömungen mit Narrativen arbeiten, denen schwer zu begegnen ist. Dem starken rechten Narrativ, das eine schwarz-weiße Welt mit Schurken und Helden zeichnet, steht nur ein schwaches liberales Narrativ gegenüber. Heins schildert die besondere Dramaturgie des rechten Narrativs: Die Integration von Einwanderern, insbesondere von Muslimen, ist diesem Narrativ zufolge gar nicht möglich. Für Heins bedeutet das, dass das rechte Narrativ dazu beiträgt, die vielfach kritisierten Parallelgesellschaften entstehen zu lassen und den durch die Rechten häufig konstatierten Niedergang der Gesellschaft zu beschleunigen, anstatt ihn zu bremsen. In seinem Beitrag geht Heins allerdings auch auf die Sorgen und Ängste ein, die mit der Einwanderung verbunden sind, und versucht sie in Teilen zu entschärfen und alternative Wege aufzuzeigen.

Otto Kallscheuer schließlich wendet sich in seinem Beitrag gegen die Behauptung einer Deckungsgleichheit zwischen einer deutschen und einer abendländischen Identität. In einer historischen Betrachtung stellt er heraus, dass deutscher Nationalismus und die Vorstellungswelt des Abendlandes im Widerstreit miteinander liegen und die europäisch-abendländische Zielsetzung der deutsch-nationalen Idee widerspricht. Wenn man die Entwicklung Deutschlands nach dem Zweiten Weltkrieg betrachtet, wird die Gegensätzlichkeit dieser Motive deutlich. Bei der Lösung der Deutschen Frage bestand die Alternative darin, entweder die europäische Einbindung Deutschlands in den Westen im Sinne von Adenauers Rückgriff auf das christliche Abendland zu favorisieren oder eine national-neutralistische Lösung ins Auge zu fassen. Der schließlich praktizierte und erfolgreich eingeschlagene Weg Deutschlands stehe im Kontrast zum aktuell proklamierten Abendland-Verständnis von PEGIDA, AfD und verwandten Strömungen in Europa, die sich eben genau von dem christlichen Abendland-Projekt ›Europäische Union‹ abwenden.

Aachen, im März 2017

Die Herausgeber

Statt einer Einleitung

Populismus und Extremismus in Europa.

Sondierungen der Lage und Erklärungsversuche

Helmut König

I. DIE LAGE

Es ist die bisher schwerste Krise der Europäischen Union. Eines der größten Mitgliedsländer hat dafür gestimmt, den Staatenverbund zu verlassen. Andere Länder stehen in Gefahr, wenn dort die Nationalisten an die Macht kommen, es England gleichzutun. In Paris und Rom ist das nicht mehr auszuschließen. Überall machen die Populisten gegenwärtig Furore, wobei der Populismus immer mit einem anti-europäischen Affekt verbunden und zum Extremismus hin durchlässig ist. Die Wut auf alles Etablierte, auf Meinungsführer und Funktionsträger bricht sich ungefiltert Bahn, die Sehnsucht nach starker Autorität und einfachen Lösungen treibt gemäßigte Kräfte in die Enge. Bei den Wahlen in den Niederlanden, immerhin einem Gründungsmitglied der Union, war der Ausgang völlig offen – die Umfragen sahen den EU-Kritiker und aggressiven Islamgegner Geert Wilders vorn. Im April und Mai 2017 wählen die Franzosen in zwei Wahlrunden einen neuen Präsidenten. Die antieuropäische, islamfeindliche Rechtsnationalistin Le Pen hat gute Chancen, daraus als Siegerin hervorzugehen. In den EU-Mitgliedsländern Ungarn und Polen ist die Aushöhlung demokratischer Fundamente bereits Regierungsprogramm. In der Türkei, die vor einigen Jahren noch als aussichtsreicher EU-Beitrittskandidat gehandelt wurde, ist ein Autokrat an der Macht, der mit Gleichschaltung und Verhaftungswellen die Freiheit abschafft und im permanenten Ausnahmezustand regieren möchte.

Die EU wird nicht künstlich schlecht geredet, sondern ist tatsächlich in keinem guten Zustand. Der Euro hat die Mitgliedstaaten nicht vereint,

sondern gegeneinander aufgebracht. Die Finanz- und Schuldenkrise ist keineswegs gelöst und hat die nationalen Alleingänge befeuert. Eine gemeinsame europäische Flüchtlingspolitik ist nicht in Sicht. Die Unzulänglichkeiten und Illusionen der sog. Dublin-Regelungen, in denen die Lasten einseitig den Ländern an der Peripherie aufgeladen wurden, liegen offen zutage. Auf Putins Aufkündigung der europäischen Friedensordnung hat die EU keine gemeinsame und geschlossene Antwort gefunden. Die Konturen eines neuen innereuropäischen Ost-West-Konflikts werden sichtbar: Die östlichen EU-Staaten pochen auf ihre neu erworbene Souveränität und halten im allgemeinen nicht wirklich viel von einer Politik der Vergemeinschaftung, die auf Kosten ihrer Souveränität geht, an der sie so sehr hängen, weil sie sie gerade erst errungen haben.

Die Verantwortung für die schlechte Lage tragen nicht die Populisten – sie profitieren von ihr nur und verstärken sie zugleich. Und das europäische Politikversagen geht nicht nur auf das Konto jener Länder, die ohnedies von der Union, der sie selber angehören, nur solange etwas halten, wie sie von ihr unmittelbar profitieren, sondern ist auch von ihren tragenden Säulen zu verantworten. Vor der Zuspitzung der Flüchtlingskrise hat die deutsche Bundesregierung nicht durch große Europabegeisterung von sich reden gemacht, noch vor wenigen Jahren hat sie sich gegen Verteilungsquoten für Flüchtlinge gewehrt, die sie heute für alle Mitgliedsstaaten fordert. Das taugt nicht gerade zum Muster und Vorbild.

Dass die autoritäre Welle, die gegenwärtig so viele der alten Gewissheiten und Wahrheiten überrollt, von alleine abebbt, ist ganz und gar nicht ausgemacht. Einstweilen steigt das Wasser weiter, ob daraus ein Strom oder gar eine Sintflut wird, weiß niemand zu sagen. Der Konflikt zwischen den Freunden der offenen Gesellschaft und ihren Feinden ist in vollem Gange, nicht nur *zwischen* den Staaten, sondern auch in ihrem Inneren. Es gibt einige Zeichen für eine erfolgreiche Gegenbewegung: In Österreich hat der Rechtspopulist Norbert Hofer, wenn auch nur knapp, die Präsidentenwahl verloren. Die Regierung Orban in Ungarn bekam einen Dämpfer, als sie eine Abstimmung gegen Flüchtlinge in einem Land ohne Flüchtlinge anberaumte – und diese Abstimmung verlor. In Kanada zeigte Justin Trudeau, dass man auch in einem Einwanderungsland mit einem progressiven Wahlkampf gewinnen kann. Aber viel mehr als ein Hoffnungsschimmer ist das alles bislang nicht.

Die Bundesrepublik ist immer noch in einer vergleichsweise luxuriösen Verfassung und die in diesem Jahr bevorstehenden Landtags- und

Bundestagswahlen werden ziemlich sicher keine erdrutschartigen Veränderungen über das Land bringen. Die Wirtschaftsdaten sehen gut aus, zahlreiche Jobs verschwinden, aber es kommen auch viele neue Stellen hinzu. Noch nie gab es in Deutschland so viele offene Stellen wie heute. Mehr als eine Million unbesetzter Stellen gab es im Februar 2017, nie gab es bessere Chancen auf eine Beschäftigung. Die Zahl der Arbeitslosen lag im Januar 2017 mit zwei Millionen unter dem Wert von Januar 2005, die Jugendarbeitslosigkeit ist so niedrig wie nirgendwo sonst in Europa, gleichzeitig waren noch nie so viele Menschen sozialversicherungspflichtig beschäftigt wie heute (vgl. Böll et al. 2017).

Aber auch hierzulande ist die Stimmung gereizt, das Klima vergiftet. Viele haben das Gefühl, zu kurz zu kommen, sind gekränkt und beleidigt. Es gibt eine verbreitete Unsicherheit und Unzufriedenheit, die sich bis in die Mitte der Gesellschaft hinein gefressen hat. Die Gesellschaft erscheint mehr und mehr als gespalten. Zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik ist mit der AfD eine rechtspopulistische Partei entstanden, die das Zeug hat, mehr als eine Eintagsfliege zu sein. Sie hat bei einigen Landtagswahlen aus dem Stand unerwartete Wahlerfolge erzielt und die islamfeindliche PEGIDA-Bewegung bekam über einen längeren Zeitraum hinweg erheblichen Zulauf.

Das Bild hat sich aber auch deswegen verdüstert, weil seit dem Januar 2017 im mächtigsten Land der Erde ein Präsident an der Macht ist, der alle, die noch einigermaßen bei Verstand sind, einerseits zum Lachen bringt, andererseits Rätsel aufgibt. Die Elemente, die allgemein den Populismus charakterisieren, treten in den USA noch ein ganzes Stück ungefilterter und radikaler zutage. Dass sich ihre Vorreiter damit gesellschaftlich nicht diskreditieren und von selbst erledigen, sondern im Gegenteil so erfolgreich sind wie sonst nirgendwo in einer etablierten Demokratie, macht rat- und sprachlos. Im Vergleich zu den Geschehnissen in den USA sind die Entwicklungen in Polen und Ungarn beinahe Sandkastenspiele. Jedenfalls ist nunmehr klar, dass seit dem Aufstieg des europäischen Faschismus in den 1920er und 1930er Jahren etwas Vergleichbares auf der Welt nicht passiert ist und dass wir es mit der größten Herausforderung seitdem zu tun haben.

Ausgerechnet in den USA. Über lange Zeiten der neuzeitlichen Geschichte hinweg war Europa der dunkle Kontinent, anfällig für die absurdesten politischen Verrücktheiten, die ihren Höhepunkt im 20. Jahrhundert in der Errichtung der totalen Herrschaft hatten. Jetzt aber, zu

Beginn des 21. Jahrhunderts, ereignet sich die große politische Regression in God's own Country, im Mutterland der neuzeitlichen Revolution und Republik, deren Verfassung sich im großen und ganzen über mehr als 200 Jahre bewährt hat, in einem Land, das mit seiner Intervention in die beiden schrecklichen Kriege die Europäer vor dem Untergang bewahrt hat und auf dessen politische Vernunft sich die Europäer im 20. Jahrhundert bei aller berechtigten Kritik an vielen Entscheidungen und Entwicklungen verlassen konnten.

Das Erschrecken über die Entwicklungen in den USA bezieht sich nicht so sehr auf das schablonenhafte und erstarrte Denken in den Kategorien von schwarz und weiß oder auf die Verachtung des Establishments, – Phänomene dieser Art gehören zu allen populistischen Bewegungen dazu und sind auch im gegenwärtigen Europa wohlbekannt. Es bezieht sich vor allem darauf, mit welcher ganz und gar ungeschönten Vulgarität und Rücksichtslosigkeit sich ein eigentlich alberner Milliardär zum Anführer einer Massenbewegung aufschwingen und auf einer Woge der Zustimmung zum Präsidenten gewählt werden konnte. Die USA und die Welt haben es nunmehr mit einem selbstverliebten Herrscher zu tun, der mit seinen ersten Maßnahmen eigentlich nichts anderes in die Wege geleitet hat als einen Staatsstreich, der die Grundlagen der bisherigen politischen Ordnung hinwegfegen soll. Der freien Presse wird der Krieg erklärt, die Unabhängigkeit der Justiz wird attackiert und verspottet, – beides im Namen eines Volkes, als dessen Sprachrohr sich der Präsident versteht, das in ihm inkorporiert ist und wie selbstverständlich über der Wahrheit und über den Gesetzen zu stehen beansprucht.

Die Demagogie scheint keine Grenzen zu kennen. Zwar gehört die Behauptung vom angeblichen Verrat der Eliten zu den Kernelementen jeder reaktionären Position, weil man sich anders den dekadenten Zustand der Welt nicht erklären kann. Aber mit welcher unglaublichen Unbekümmertheit und Willkür und mit welchem Erfolg in den USA die Realität selber zum Spielball von Machtinteressen und Allmachtsansprüchen gemacht wird, das übersteigt alles, womit man auch in den einigermaßen wohl geordneten westlichen demokratischen Wohlstandsgesellschaften immer rechnen muss und was wir hier als ein Teil der Normalität zu akzeptieren bereit waren. Nun triumphiert ein Autokrat, der sich mit seinem Willen zur Macht nicht nur über die politischen Gegner, sondern auch über die Realität hinwegsetzt. Und es ist nicht nur so, dass das bei den Anhängern, die hier ja schließlich ebenfalls mit Unwahrheiten und

Lügen abgespeist werden, nicht auf Vorbehalte stößt, sondern es verstärkt im Gegenteil noch den Nimbus, mit dem sie ihren Helden versehen. Offenbar besteht das Problem nicht in einem Mangel an Informationen, sondern darin, dass Tatsachen irrelevant geworden sind, sich keiner dafür interessiert und der Unterschied zwischen Wahrheit und Lüge für hinfällig erklärt wird. Für unliebsame Tatsachenwahrheiten werden in diesem Weltbild immer und überall diejenigen verantwortlich gemacht, die sie überbringen. Diesen Realitätsverlust damit zu umschreiben, dass offenbar das Vertrauen in Personen des öffentlichen Lebens und insbesondere in Vertreter der freien Presse abgenommen hat, ist eine Untertreibung. Es ist nicht mehr nur Misstrauen, das ihnen entgegenschlägt, sondern ungezügelter Aggression und der Vorwurf des Verrats.

Dass Emotionen stärker sein können als Fakten, ist seit langem bekannt. Und dass man daraus als geschickter Gefühlsunternehmer politisches Kapital schlagen kann, ist ebenfalls so neu nicht. Mit Behauptungen, Gegenbehauptungen, Dementis, neuen Behauptungen zu arbeiten, ist selber ein Teil des Spiels, in dem am Ende die Wirklichkeit in Beliebigkeit aufgelöst wird. Das wird nicht in Kauf genommen, sondern speist die Aura der Grandiosität des großen *leaders*, der zu der einzigen Instanz avanciert, die in einem Meer von Ungewissheit für Sicherheit sorgt, was auch immer sie unternimmt. Der Anführer agiert virtuos auf der Klaviatur der Ängste und Vorurteile, und er kann das um so überzeugender, je mehr er jenseits von Wahrheit und Unwahrheit steht. Die bei Lichte besehen lauter unsinnigen und unverantwortlichen Sätze, die er sagt, lösen bei seinen Anhängern nur weitere Begeisterung aus. Eine Auswahl: »Ich werde militärisch so gut sein, euch wird schwindlig werden.« »Glaubt diesen gefälschten Zahlen nicht. Die Arbeitslosenquote liegt nicht bei 4,9 Prozent. Ich habe kürzlich gehört, sie liegt bei 42 Prozent.« »Wenn ihr (im Publikum) jemanden seht, der sich darauf vorbereitet, Tomaten zu werfen, schlägt ihn zu Brei, okay? Schlägt ihn zu Brei – ich zahle eure Anwaltskosten.« »Ich könnte mitten auf der Fifth Avenue in New York jemanden erschießen, und ich würde keinen einzigen Wähler verlieren. Es ist einfach unglaublich.«

Die Realitätsverweigerung geht stets mit Verschwörungstheorien einher, die ohnedies weit verbreitet sind, nunmehr aber auch noch offiziell und von allerhöchster Stelle aus sanktioniert werden. Die Grundmelodie des paranoiden Stils (vgl. Hofstadter 1965) ist immer die gleiche: Wir rackern uns ab und zahlen dafür, dass andere es sich gut gehen lassen.

Schwule und Lesben dürfen heiraten, Frauen streben in Spitzenpositionen, da muss doch eine geheime Macht dahinterstecken, die dafür verantwortlich ist. Wir werden sie aufdecken und beim Namen nennen, – nein: wir haben sie schon aufgedeckt und wissen bereits, wer dahintersteckt. Es ist die liberale Presse, es sind Muslime, Einwanderer, Mexikaner, Feministinnen, Kapitalisten, Finanzjongleure und andere Schmarotzer und Aussauger. Damit sind nicht nur rhetorisch die Schuldigen benannt, damit ist vor allem der Ausweg aus der Ohnmacht gefunden, weil nunmehr auch ein realer Ausweg aus der Misere gefunden ist. Wir wissen nicht nur, dass es überall Verschwörungen gibt, sondern wir haben die Verschwörer identifiziert und entlarvt, und wir schalten sie aus.

Das Denken in der Logik von Verschwörung und Intrige ist deswegen so attraktiv, weil es in der Realität dafür oftmals durchaus Anknüpfungen gibt. Jede Verbrecherbande ist eine Form von Verschwörung und auch honorige Vereinigungen greifen ja tatsächlich immer wieder zur Wahrung ihrer Interessen zu den Methoden von Verschwörung und Intrige. Umberto Eco (2015) hat die Doppelbödigkeit einer Realität, die immer auch von geheimen Kräften absichtsvoll gesteuert sein kann, in seinem letzten Roman *NullNUMMER* virtuos zur Darstellung gebracht und der französische Soziologe Luc Boltanski (2012) hat in einer Untersuchung eindrucksvoll und plausibel gezeigt, dass der paranoide Zweifel an der »Realität der Realität« eine dauerhafte Begleiterscheinung der Moderne ist und die Gattung der Kriminal- und Spionageliteratur dieser Tatsache ihre Existenz und Verbreitung verdankt. Eine unverrückbare Grenze zwischen paranoider und vernünftiger Realitätswahrnehmung gibt es nicht. Problematisch wird es, wenn die gesamte Realität wie in einem Zwang nur noch unter dem Vorzeichen der Verschwörung wahrgenommen und damit jede Erfahrungsmöglichkeit abgeschnitten wird und die Immunisierung gegen die widerstreitende Realität perfekt und lückenlos geworden ist. »Das wirklich Verrückte liegt erst im Unverrückbaren«, heißt es bei Horkheimer und Adorno (1944/1947: 224) in der *Dialektik der Aufklärung*.

Diejenigen, die nur noch Verschwörungen und Machenschaften am Werke sehen, erfüllen den Tatbestand der Projektion. Sie belehnen die Außenwelt mit ihrem eigenen nichtigen Innern. Was sie wahrnehmen, ist nicht die äußere Realität, sondern sie offenbaren in ihren Äußerungen über die Welt ihr eigenes Wesen. Wer überall Verschwörungen und Machenschaften und Intrigen im Gange sieht, schließt von sich auf andere und beschreibt seine eigene Praxis und Gewohnheit. Was der neue

amerikanische Präsident den Medien unterstellt, dass sie systematisch lügen und die Realität verzerren, ist offenbar eine Darstellung dessen, was er selber tut, eine Beschreibung seiner selbst. Der springende Punkt dabei ist die Generalisierung. Es ist ja ganz unbestreitbar, dass auch in den Medien gelogen wird, – die Kritik an der Springerpresse und ihrem Jonglieren mit Wahrheit, Halbwahrheit und Unwahrheit gehörte in den 1960er und 1970er Jahren hierzulande durchaus zu Recht zu den wichtigsten Anliegen der sog. Außerparlamentarischen Opposition.

Den Glauben an Verschwörung und Intrige kann nur derjenige zum Medium des eigenen Aufstiegs machen, der damit zugleich die Botschaft transportiert, dass er in der Lage ist, die Verschwörung aufzudecken und die Verschwörer zur Strecke zu bringen. Diese Macht unterscheidet den Anführer von seinen Gefolgsleuten. Er ist nicht der ohnmächtige Spielball, der sich von allerlei Verrätern und Drahtziehern in die Irre führen lässt, sondern mit einer mächtigen Kraft ausgestattet, an der die Verschwörer zugrunde gehen werden. Der autoritäre Führer braucht eine Doppelnatur, er ist beides: ohnmächtig und allmächtig, einer von uns und zugleich weit über uns, er kennt genau dieses Gefühl, wie es ist, von fremden Mächten umstellt und verfolgt zu werden, aber er hat sich davon nicht unterkriegen lassen, sondern sie in ihre Schranken gewiesen und sich über sie erhoben. Einerseits lautet die Botschaft also: Ich bin einer von Euch, ich bin wie Ihr. Und andererseits lautet sie: Ich bin zugleich Euer großer, starker und gütiger Beschützer. Ich bin so mächtig, dass ich sogar die Wirklichkeit mit ihren Fakten außer Kraft setzen und einen postfaktischen Raum schaffen kann, eine Realität, in der nur meine Realität gilt und sonst nichts.

Es ist diese Mischung, die für den Erfolg eines demagogischen Führers ausschlaggebend ist. Trump verkörpert beide Seiten. Er hat die Ohnmacht in Rebellion verwandelt und ist zugleich allmächtig. Das erklärt, wieso seine Grobheit und Vulgarität nicht abschreckend wirken, sondern anziehend. In ihnen steckt das Signal: Ich bin und bleibe der Rebell, der den Mut hat, ungehemmt und offensiv die Regeln zu brechen, die eigentlich nur dazu ausgedacht sind, uns klein zu halten. Ich passe mich nicht an, ich lasse mich durch Konventionen nicht aufhalten, ich bin und bleibe vulgär, aggressiv und wütend. Und damit bin und bleibe ich einer von Euch. Das bedeutet zugleich, dass irgendwelche Enthüllungen, solange sie nur diese Seite von Trump zutage fördern, nicht gegen ihn zu Buche schlagen, sondern für ihn. Sie befeuern geradezu das Bild des Rebellen

und Tabubrechers, der der guten Gesellschaft ans Bein pinkelt und ihr den Vogel zeigt. Der antibürgerliche und anti-seriöse Habitus ist für einen Rebellen nicht peinlich, sondern ein unverzichtbarer Baustein seines Erfolgs. Das gilt ganz unabhängig von der Frage, ob er gezielt und kalkuliert eingesetzt wird oder ob er nicht-intentional und habituell ist.

Die Bedingung dafür, dass jemand das Zeug zu einem großen Anführer hat, ist nicht nur, dass er einer *von uns*, aus dem Volk ist, sondern auch einer *für uns*. Er ist nicht nur unser Bruder, sondern zugleich unser Vater, er ist Rebell und Autorität in einem, Aufrührer und Ordnungsstifter zugleich. Ich werde die Mächtigen und die Verschwörer zu Fall bringen und ich werde »der großartigste Jobproduzent sein, den Gott je geschaffen hat« (Trump). Ich bin der Heilsbringer, der Euch auf die »Reise in den Himmel« (Trump) mitnimmt. Wenn der Anführer sich danebenbenimmt, spielt er die Rolle des Rebellen und ist einer von uns. Zugleich aber ist er ein Magier, ein Übervater und Heilsbringer, der uns schützen kann und uns schützen will. So ist er antiautoritärer Rebell und zugleich der Inhaber großer Macht und Autorität. Zum Anführer ist derjenige prädestiniert, der beides ist: junger rebellischer antiautoritärer Sohn und autoritärer übermächtiger Vater. In der Rolle des Bruders und Rebellen nennen ihn seine Anhänger *The Donald*, in der Rolle des Vaters der Nation nennen sie ihn *Big Daddy*. Der Rebellionsgestus verlangt nach fortwährenden Tabubrüchen, die so pubertär und unerwachsen anmuten. Aber der Rebell ist nicht nur eine Trickser und Schwindler, sondern zugleich derjenige, der lauter erfolgreiche *Deals* gemacht hat und ganz oben steht. Das Charisma, wenn man davon hier reden will, speist sich aus beidem, aus der rebellischen Disziplinlosigkeit und der Autorität des Erfolgs.

Diese Logik autoritärer Bewegungen ist seit den Untersuchungen der Kritischen Theorie im Prinzip gut bekannt. Erich Fromm entdeckte in seinen Ende der 1920er Jahren im Rahmen des Frankfurter *Instituts für Sozialforschung* durchgeführten Untersuchungen über *Arbeiter und Angestellte am Vorabend des Dritten Reiches* den »rebellisch-autoritären« Charaktertyp, für den »die rebellischen Tendenzen und die latente Sehnsucht nach einer umfassenden Unterordnung« (Fromm 1980: 249) gleichermaßen bestimmend sind. Auch in seinem Beitrag zu den *Studien über Autorität und Familie*, die das Institut 1936 in Paris publizierte, beschäftigte sich Fromm mit dem Typus eines »rebellischen Charakters«, hinter dessen Rebellion im Grunde doch nur die tiefe »Sehnsucht nach Liebe und Anerkennung der Mächtigen« steckt (Fromm 1936: 131). Ganz

ähnlich sieht Adorno (1950: 328) in der *Authoritarian Personality* den Typus des Rebellen dadurch charakterisiert, dass bei ihm trotz aller Auflehnung und allen Aufbegehrens »die autoritäre Struktur im Wesentlichen unberührt bleibt«. Diese Überlegungen bezogen sich damals auf die Disposition bei den autoritären Gefolgschaften. Wir dürfen sie hier getrost auf Trump als autoritären Anführer übertragen.

Häufig ist heute die Rede von den autoritären Politikmodellen, von der Sehnsucht nach der Autorität und nach Ordnung. Das ist zweifellos richtig. Aber es wird dabei gerne das Element der Rebellion vergessen und übersehen, das der erfolgreiche autoritäre Ordnungsstifter für sich reklamieren muss. Das ist die Lust am Tabubruch, am Aufbegehren, daran, Grenzen zu überschreiten, nicht erwachsen zu werden. Dadurch wird die Autorität rebellisch und die Rebellion autoritär. Es sind gerade gesellschaftliche Außenseiter und sog. Quereinsteiger, die für diesen Typus stehen. Wenn sie es bis an die Spitze geschafft haben, besteht die besondere und paradoxe Herausforderung darin, das Rebellische beizubehalten und zugleich durch reale Erfolge den Nimbus des Machtvollen zu nähren. Auf die Dauer geht das nicht gut. Das Problem ist nur, dass bis zum offenkundigen Scheitern eine so große Menge an Scherben erzeugt wird, dass die Gesellschaft danach auf lange Dauer mit deren Beseitigung zu tun hat.

Scheitern kann diese eigentümliche und gefährliche Einheit von Rebellion und Allmachtsglaube vor ihrem natürlichen Ende vor allem dann, wenn sich ihr energisch und entschieden andere Mächte in den Weg stellen. Das ist die große Probe auf die Kraft der politischen Institutionen, der *balance of power*, der Gewaltenteilung. Die Gründerväter aus der Zeit der US-Amerikanischen Revolution haben sich genau deswegen das Institutionengefüge der politischen Ordnung ausgedacht, weil sie mit seiner Hilfe die Übernahme der Herrschaft durch Tyrannen unmöglich machen wollten. Im ersten Artikel der *Federalist Papers* schrieb Alexander Hamilton im Jahre 1787:

»Die Geschichte lehrt uns, dass von den Männern, die die Freiheitsrechte von Republiken zu Fall brachten, die meisten ihre Karriere damit begannen, dem Volk kriecherisch den Hof zu machen: Sie begannen als Demagogen und endeten als Tyrannen.« (Hamilton 1787: 3)

Heute hängt alles davon ab, ob die Institutionen, die gegen Demagogie und Tyrannei erfunden und eingerichtet worden sind, ihren Zweck

erfüllen und den Staatsstreich verhindern können. Das wiederum ist nicht zuletzt davon abhängig, ob diese politischen Institutionen den gesellschaftlichen Rückhalt und die Unterstützung finden, die sie brauchen, um ihren Zweck erfüllen zu können. Einstweilen ist das Bild von jener amorphen Masse atomisierter Einzelner geprägt, die ihre Einheit nur darin finden, den Versprechungen eines Anführers zu glauben und zu folgen. Mit der Vielfalt der gegliederten und organisierten Vereinigungen, die in den Zeiten der amerikanischen Revolution das Bild bestimmten, hat das nichts mehr zu tun. Wie Hannah Arendt (1963: 277ff) gezeigt hat, ist es seinerzeit versäumt worden, die »Basisrepubliken« (Thomas Jefferson), die Bestandteile und lokalen Organisationen eines reich gegliederten politischen Lebens in die Verfassung aufzunehmen. Es wird sich zeigen, ob sie dennoch revitalisiert werden können.

Im übrigen ist noch nicht ausgemacht, ob Trump den europäischen Rechtspopulisten eher schadet oder nützt. Sie waren verständlicherweise begeistert von seinem Sieg, jetzt müssen sie aber alles rechtfertigen, was er tut, und sein Misserfolg könnte auf sie zurückschlagen. Ein Bürgerschreck, der es, was die Mischung aus Rebellion und Autorität angeht, Trump gleichtun könnte, ist in Europa noch nirgendwo in Sicht.

Das ist in groben Zügen die Lage. Wie konnte es soweit kommen? Wie kann man sie erklären? Wie kann man sie verstehen? Einigkeit besteht darin, dass sie Ausdruck einer großen Unzufriedenheit ist. Umstritten ist, ob die Unzufriedenheit eher ökonomische Ursachen hat oder kulturell bedingt ist. Wenn man ökonomisch argumentiert, sind die zentralen Begriffe und Erklärungsangebote, dass wir es beim Populismus mit einem mehr oder weniger unvermeidlichen Resultat sozialer Ungleichheit und Ungerechtigkeit zu haben (II). Wer kulturell argumentiert, sieht im Populismus eher den Ausdruck einer tiefgreifenden Entfremungskrise (III). Es lohnt sich, die beiden Erklärungsmuster genauer zu beschreiben.

II. UNGLEICHHEIT ODER: DIE WIEDERKEHR DER SOZIALEN FRAGE

Der Ausgangspunkt dieser Erklärung ist die Beobachtung, dass die Rechtspopulisten überall in Europa im vormals linken Arbeitermilieu massive Zustimmung und Stimmengewinne verzeichnen können, im

deindustrialisierten Norden Englands wie im ländlichen Polen, im Osten Deutschlands wie im Süden Frankreichs. Bei der österreichischen Bundespräsidentenwahl stimmten im ersten Wahlgang 72 % der Arbeiter für den rechtspopulistischen Kandidaten Hofer. Die AfD war bei den Landtagswahlen 2016 in Sachsen-Anhalt, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz bei männlichen Arbeitern und Arbeitslosen besonders erfolgreich (vgl. Dörre 2016: 261). Auch die Präsidentschaftswahlen in den USA passen in dieses Bild. Die weiße Arbeiterschicht hat sich in Scharen von den Demokraten und ihrer Kandidatin Clinton abgewandt.

Diese Fakten sind unbestreitbar. Und sie sind auch nicht das Ergebnis von Zufällen, sondern das Resultat gezielter Bemühungen der populistischen Bewegungen. Diese betreiben auf ihre Weise eine Form des Klassenkampfes, indem sie die Polarisierung zwischen dem einfachen Volk hier und dem globalen Kapital mit seinen gierig-selbstsüchtigen Managern und Eliten dort geschickt befeuern. Die Front-National-Chefin Marine Le Pen hat ihrer vormals neoliberalen Partei eine etatistische Wende verordnet und gibt sich nunmehr als Vorkämpferin für die Interessen der französischen Arbeiterklasse. Sie vertritt ein Sozialprogramm, das fast kommunistische Züge hat. Der österreichische Beinahe-Präsident Norbert Hofer von der FPÖ pflegte das Bild des Verteidigers der von Abstiegsängsten geplagten Arbeiterschaft. Verglichen damit ist die AfD noch nicht so weit. Ihr wirtschaftspolitisches Programm ist dünn und unscharf, manches klingt nach Klassenkampf, anderes zeugt von ihrer steuer- und eurokritischen wirtschaftsliberalen Erbschaft. Viele ihrer Parteimitglieder und Anhänger aber haben die Aversion gegen die Macht des globalen Kapitals und ihrer Bonzen vermutlich längst in ihr Weltbild aufgenommen. Wenn sie von denen da oben reden, meinen sie nicht nur korrupte Politiker und lügnerische Presseleute, sondern auch mächtige Konzerne. Sie empören sich über die Aufnahme von Flüchtlingen genauso wie über die Steuervermeidungstricks großer Konzerne und die Privatisierung öffentlicher Güter, über Unternehmen, die vom deutschen Staat oder der EU mit Millionen gefördert werden und ihre Fabriken dann ins Ausland verlagern. Die AfD kümmert sich gezielt und bewusst um die Verlierer der gesellschaftlichen Entwicklung, ihre Aktivisten vor Ort hören den einfachen Arbeitern zu, kennen ihre Not und kanalisieren ihre Wut. Im Ruhrgebiet, im einst roten Kohlenpott, ist die Partei offenbar dabei, eine Arbeiterorganisation aufzubauen, um SPD und Linken ihre Klientel streitig zu machen. So pflegen die populistischen Parteien und

Bewegungen das Image, dass nur sie sich noch um die kleinen Leute kümmern, die von allen anderen längst aufgegeben wurden. Das ist in Mecklenburg-Vorpommern so, wie auch in Süditalien, im Norden Großbritannien oder in Zentralfrankreich. Und sie haben damit Erfolg. Denn jetzt zeigen die Leute ihre Wut an der Wahlurne. Kurz: Die Rechtspopulisten sind dabei, sich als »neue sozialdemokratische Partei – mit nationalstaatlichem Fokus« (Jörke/Heisterhagen 2017) bzw. als neue »national-soziale« Kraft zu etablieren (Dörre 2016: 259).

Das Erschrecken vor diesem Faktum ist auf Seiten der Linken natürlich besonders groß. Schließlich verstehen sie sich als diejenigen, die sozusagen die natürlichen Interessenvertreter der Arbeiter und kleinen Leute sind. Wieso um alles in der Welt gehen die Arbeiter nach rechts? Wo doch klar ist, dass sie dort nur verheizt, als Kanonenfutter missbraucht und in die Irre geführt werden. Die Antwort geht über mehrere Schritte und ist durchaus bestechend. Sie beginnt mit einer Kritik des neoliberalen Irrwegs, der die Arbeiter in die Enge gedrängt hat (1), bezieht im nächsten Schritt die (Selbst-)Kritik der linken Parteien ein, die vom neoliberalen Bazillus angesteckt wurden (2) und in die Falle der modernistischen linksliberal-grünen Sinn- und Identitätssuche gegangen sind (3), um schließlich bei der Wiederauflage der alten Behauptung zu landen, dass der Rechtspopulismus wie früher der Antisemitismus der Sozialismus der dummen Kerle ist (4). Diese Argumentationskette ist jedoch alles in allem weniger überzeugend, als es auf den ersten Blick den Anschein hat (5).

(1) Am Anfang der unseligen Entwicklung, für die wir heute die Quittung bekommen, steht in dieser Argumentation die neoliberale Ära, die in den zweieinhalb Jahrzehnten nach dem Ende des Kommunismus die ökonomische und politische Agenda in Europa und besonders in Deutschland weitgehend bestimmt hat. Zu ihren Eckpunkten gehören die Entfesselung der Finanzindustrie, die Deregulierung der Arbeitsmärkte, die Zurückdrängung der Gewerkschaften, der Abbau des Sozialstaats, der Rückzug des Staates aus den Bereichen der Versorgung mit kollektiven Gütern, deren Bereitstellung gerne privatisiert und dem Markt überantwortet wurde, z.B. im sozialen Wohnungsbau, aber auch im Bildungssystem. Das verlockende Versprechen des Neo-Liberalismus war, dass über kurz oder lang der freie und globale Verkehr von Waren, Dienstleistungen und Menschen im Prinzip überall auf der Welt eine neue Ära von Wohlstand, Prosperität und Frieden herbeiführen wird und die anfallenden

Kosten allenfalls vorübergehender Natur sein werden und nicht wirklich ins Gewicht fallen.

Die meisten Regierungen der westlichen Welt schlossen sich mit Haut und Haaren dieser Entwicklung an oder machten sich gar zu ihren Vorreitern. Sie verwandelten die Demokratien zunächst in »Postdemokratien« (vgl. Crouch 2008), in der die Institutionen und Prozesse der Demokratien zwar noch formal intakt sind, aber zunehmend ausgehöhlt werden, weil die Entscheidungen in steigendem Ausmaß den Interessen der Wirtschaft und der Lobbyisten folgen. In den »marktkonformen Demokratien« spitzt sich das weiter zu. Jetzt wird die Demokratie ohne Rest der Wirtschaft untergeordnet und zum obersten Kriterium aller Entscheidungen werden die Märkte, die keinen Widerspruch dulden und die falschen Entscheidungen bestrafen und die guten Entscheidungen honorieren (vgl. Nachtwey 2016a). Der nachlassende Einfluss der Gewerkschaften wird nicht nur in Kauf genommen, sondern aktiv befördert. Mit Erfolg. Inzwischen liegt der Anteil der gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmer beispielsweise in der privaten Wirtschaft der USA bei unter sieben Prozent, während er vor 50 Jahren noch bei ca. 30 Prozent lag.

Was das neo-liberale Versprechen einer weltweiten Wohlstandssteigerung angeht, so ist es durchaus eingelöst worden. Der Reichtum ist gewachsen und bei der Bekämpfung der Armut wurden weltweit große Erfolge erzielt. So gibt es in den letzten zehn Jahren etwa 500 Millionen Arme weniger auf der Welt. Ferner hat sich der Abstand zwischen den entwickelten und den weniger entwickelten Gesellschaften zum ersten Mal seit 200 Jahren deutlich verringert. Aber das Problem ist, dass dieser Entwicklung auf der anderen Seite das Faktum der ungleichen Streuung und Verteilung des Reichtums gegenübersteht. Das *Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung* ermittelte in einer jüngeren Studie, dass 40 % der Bevölkerung hierzulande heute spürbar weniger Realeinkommen haben als 1999, während die oberen 10 Prozent massive Zugewinne verzeichnen können (vgl. Böll et al. 2017). Hinzu kommt, dass etwa 30 Prozent der Beschäftigten in Tätigkeiten mit geringem Einkommen und fehlenden Aufstiegschancen festhängt, was besonders das sog. Dienstleistungsproletariat in der Reinigungs- und Sicherheitsbranche und die Paketzusteller betrifft.

Diese unteren Schichten der Gesellschaft, zu denen man die Arbeitslosen, Alten und Alleinerziehenden hinzurechnen muss, leben häufig in Armut oder hart an der Armutsgrenze. Um diese Gruppen der

»Abgehängten«, die auf der Strecke geblieben sind, hat sich jahrzehntelang niemand gekümmert, sie gingen in der neo-liberalen Euphorie unter. In ihrer eigenen Sicht aber sind es gerade diese Gruppen, die die Kosten für den freien und globalen Verkehr von Waren und Menschen zu tragen haben. Dass die politisch Mächtigen immer nur auf der Seite derjenigen eingreifen, die ohnedies schon auf der Sonnenseite stehen, steigert die Verbitterung. Die Steuerzahler retten die Banken, Großkonzerne hingegen zahlen keine Steuern, ihre Manager und Bosse beziehen gigantische Gehälter und Prämien, auch wenn die Unternehmen, für die sie verantwortlich sind, kriminelle Machenschaften an den Tag gelegt haben. Während die Normalverdiener oftmals, wie z.B. in den USA in der Finanzkrise, ihren Job, ihr Ersparnis, ihr Haus oder alles auf einmal verloren haben, wurde kein einziger Banker wegen des Debakels vor Gericht gestellt. Die obszöne Ungleichheit der Einkommensverteilung hat der AfD das Feld bereitet.

Und um allem die Krone aufzusetzen, werden die Verlierer der gesellschaftlichen Entwicklungen dann vom Establishment auch noch herablassend behandelt, als moralisch minderwertig, durchschnittlich, antiquiert und als diejenigen diskreditiert, die nicht ganz mitkommen. Hillary Clinton z.B. bezeichnete die Anhänger Trumps bei einer Wahlveranstaltung als bedauernswerte Rassisten und Sexisten und als bemitleidenswerte Verlierer. Die »Abgehängten«, die »Globalisierungsverlierer«, die »untersten Schichten«, die »Ungebildeten«, die »Marginalisierten«, das »Prekariat«, – schon in diesen Bezeichnungen, so meint *Die Zeit* (Brost et al. 2016: 3), spiegeln sich Verständnislosigkeit, Arroganz und mangelnder Respekt: »Das ist die bittere Wahrheit über das Verhältnis zwischen einer Öffentlichkeit, die von der gymnasialen Mittelschicht verfertigt wird, und jenen Menschen, die früher stolze Namen trugen wie »die Arbeiterklasse.«

Alle diese Elemente fügen sich in der Gegenwart zu der großen Melodie, dass die kleinen Leute zugunsten der Mächtigen und Reichen verraten, verkauft und verschaukelt worden sind. Das kommt heute sichtbar an die Oberfläche. Die Wut auf »das System« explodiert. Die Großen sind *too big to fail*, sie werden also immer gerettet, wenn dagegen den kleinen Leuten das Wasser bis zum Hals steht, kümmert das keinen, weil sie eigentlich sowieso überflüssig sind. Ihnen bürdet man weitere Kosten auf, wenn es zum Schlamassel kommt, für den sie nichts können. Die Elite ist unfähig, die außer Rand und Band geratenen Finanzmärkte in den

Griff zu bekommen, sie holt die Flüchtlingsströme ins Haus und hält immer noch die Predigten über die Chancen der digitalen Revolution, die in Wirklichkeit nur dazu führt, dass wir noch weiter absinken. Alles in allem summiert es sich zu einer großen Konkursbilanz des Neoliberalismus. »Viel zu lange und viel zu sehr« haben sich die Verantwortlichen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft,

»mit dem großen Geld arrangiert, haben den Liberalismus an den Neoliberalismus verkauft und dabei die kleinen Leute an die Ressentiment-Dealer verloren. Im Nachhinein kann man nur darüber bestürzt sein, dass in der Phase, da die sog. Erste Welt noch gigantische Gewinne erwirtschaftet hat, diese in grotesker Weise an die Reichen verschwendet wurden, anstatt die Mittelschicht zu stabilisieren und den Armen wirklich zu helfen. Nun, da ökonomischer Verdruss und Existenzangst in Aggression und Vorurteil umgeschlagen sind, lässt sich mit Umverteilung von oben nach unten und spürbar sozialerer Politik allein die autoritäre Bewegung nicht mehr stoppen (gleichwohl muss es geschehen)« (Ulrich 2016).

(2) An dem ganzen Desaster tragen aber nicht nur die unternehmerischen Eliten und ihre Fürsprecher im politischen Raum die Schuld, also die Vorreiter des neo-liberalen und konservativen mainstreams, sondern auch und insbesondere die Sozialdemokraten und das gesamte linksliberale Milieu, die den harten linken Klassenkampf in seichte Identitätspolitik verwandelt haben. In der hier referierten Argumentationskette ist dieses Versagen natürlich besonders bitter, weil es gleichsam das Versagen des eigenen Hauses ist. Eigentlich ist es ja die historische Aufgabe der Linken und der sozialdemokratischen Parteien, sich für die kleinen Leute und die Arbeiter einzusetzen und deren Interessen zu vertreten. Sie tun das schon lange nicht mehr, weil sie sich viel zu sehr auf die neoliberale Agenda eingelassen haben. Dahinter stand die Annahme, dass sich der Klassenkampf erledigt hat und die soziale Frage gelöst ist. Man redete stattdessen von der Neuen Mitte und vom postideologischen Zeitalter der Individualisierung. Dieses Denken ergriff besonders Besitz von den sozialdemokratischen Parteien in England und Deutschland in der Zeit von Tony Blair und Gerhard Schröder. Und ihm wurde im Feld der Sozialwissenschaft kräftig und mit großer Resonanz von Anthony Giddens und Ulrich Beck Unterstützung zuteil. Danach leben wir in einer Welt jenseits von rechts und links (Giddens 1997) und nicht mehr in einer Klassengesellschaft, sondern in einer Risikogesellschaft (Beck 1986).

Durch die Übernahme dieser Diagnosen in die eigene Programmatik entfernten sich die Arbeiterparteien immer stärker von ihren alten Milieus und Stammwählerschaften. An die Stelle des Kampfes gegen ökonomische Ausbeutung trat seit den 1990er Jahren der Kampf gegen kulturelle Diskriminierungen. In der Untergrabung des Normalarbeitstages und der Zunahme prekärer Arbeitsverhältnisse wurden nicht die Zumutungen, die darin stecken, betont und herausgestellt, sondern die angeblichen Chancen. Die aber gab es, wenn überhaupt, allenfalls für die gebildeten Mittelschichten, die Kreativen und die Arbeitskraftunternehmer. Statt harte Interessenspolitik für die kleinen Leute zu machen, erlagen die Linken den Verlockungen des Karnevals der Kulturen und den Predigern von Multikulturalismus, Diversity, Antidiskriminierung, Vielfalt und Buntheit der sexuellen Minderheiten und den Anstands- und Sprachregeln politischer Korrektheit. Kurz: Die Linken sind in die Fallen der Identitätspolitik gelaufen, sie verstanden sich als Avantgarde des zivilisatorischen Fortschritts und haben darüber ihre traditionellen Anhänger und Stammwählerschaften mehr oder weniger sehenden Auges verloren und aufgegeben und ihre Zuständigkeit für die Klassenfrage ignoriert.

Das Schlüsselbuch, in dem diese Zustandsbeschreibung in Gestalt eines Berichts über den eigenen Lebensweg vorgetragen und beschrieben wird, ist die *Rückkehr nach Reims* des französischen Soziologen Didier Eribon (2009). Das ist der Lebensbericht eines erfolgreichen Wissenschaftlers und Intellektuellen in Frankreich, der aus der Unterschicht stammt, seine Homosexualität entdeckt, verteidigt und offensiv zum Thema macht, nach Paris geht, nach einigen Umwegen ein anerkannter und gefeierter Publizist und Wissenschaftler wird und all dies aber doch nur um den Preis der Distanznahme und des Verrats seines Herkunftsmilieus zustande bringt und nun feststellt, dass dieses Milieu und auch die Mitglieder seiner eigenen Herkunftsfamilie nach rechts gerückt und Wähler des Front National geworden sind. Bei Lichte besehen, trägt dieser Bericht auch die Züge eines Bußgangs und der Rückkehr zu den Müttern mit der Bitte um Vergebung, – freilich am Ende vergebens.

(3) Nun ist es dem hier referierten Argumentationsweg zufolge keineswegs so, dass die neo-liberale Agenda nur die Arbeiter und die unteren Einkommensschichten einem verstärkten Konkurrenz- und Leistungsdruck ausgesetzt hat. Auch die akademischen Milieus, die studierten Leute, die gebildeten Mittelschichten spüren den Druck. Auch sie haben Angst vor dem Abstieg und vor einer unsicheren Zukunft. Freilich

besteht der Unterschied darin, dass diese akademischen Mittelschichten und die universitären Milieus, die die entsprechenden Berufe mit Nachschub versorgen, den gestiegenen Existenzdruck individuell lösen und auffangen und ihm damit begegnen, dass sie in den Kampf um die knapper werdenden attraktiven Positionen einsteigen, dabei zwar gelegentlich in Panik geraten, aber nach wie vor doch daran glauben, dass sie es irgendwie schaffen können. Das führt aber dazu, dass sie sich nicht mehr für die kleinen Leute oder für den Zustand der Gesellschaft insgesamt interessieren, sondern nur noch für sich selbst. Auch die universitären Milieus, die seit den 1960er Jahren gerne ihre Solidarität mit den Unterdrückten und Ausgebeuteten dieser Welt bekundeten, haben heute nur noch ihr eigenes Fortkommen im Sinn und setzen auf die Karte der Lebensstil- und Lebensweltpolitik. Sie schauen nicht mehr nach links und rechts und verinnerlichen die Haltung des Nutzenmaximierers, der mit möglichst geringem Aufwand ein möglichst gutes Ergebnis erzielen will. Unter den Studenten ist diese Haltung weit verbreitet, und die modularisierten Studiengänge des BA- und MA-Modells sind ihnen auf den Leib geschrieben, – wobei es müßig ist, danach zu fragen, ob es zuerst den Studententypus gab und dann die ihm entsprechenden Studiengänge eingeführt wurden oder umgekehrt die Studiengänge diesen Typus erst erzeugt haben.

Die Mitglieder des akademischen Milieus sind aber zugleich modern, gebildet und kreativ genug, neben der Arbeit an der Vermeidung des Abstiegs auch noch für die Fragen von Ökostrom, Geschlechtergleichheit und gesunden Lebensmitteln ein offenes Ohr zu haben. Auf dem Humus dieser Haltung sind die Grünen gewachsen und gediehen, und in ihrem Sog sind auch die Sozialdemokraten immer grüner geworden. Die Anhänger und Mitglieder dieses sozial-liberalen Milieus kultivieren die Arbeit an ihrem Selbst und beackern mehr oder weniger kreativ und erfolgreich das Feld der Identitätsfindungspolitik. Sie sind die neue kosmopolitische akademische Klasse und pflegen den Geist und die Kultur des spielerischen Kosmopolitismus.

(4) Die Arbeiter und kleinen Leute sind in dieser Sicht der gesellschaftlichen Dinge bereits einen erheblichen Schritt weiter als die akademischen Mittelschichten, die immer noch den neo-liberalen Versprechungen glauben. Sie haben schon gemerkt, was zu merken den anderen noch bevorsteht, dass das typisch neoliberale Versprechen: wer sich nur genug anstrengt, auch belohnt wird, trügerisch ist und nicht funktioniert.

Da die linken und sozialdemokratischen Parteien aber so sehr dem neo-liberalen Irrglauben aufgesessen sind, bleibt den Arbeitern und kleinen Leuten nur noch die Möglichkeit, sich nach rechts zu wenden.

So ist der Populismus also nichts anderes als die Antwort auf einen entfesselten Wirtschaftsliberalismus, weil es ein anderes Gegengewicht gegen den neoliberalen Irrweg nicht mehr gab. Die Erfolge der Populisten sind der Katzenjammer nach den Jahren der neo-liberalen Euphorie, der Aschermittwoch nach dem neo-liberalen Karneval, die Abrechnung und die wohl verdiente Quittung für die Verantwortungslosigkeiten. Nun sind Isolationisten und Protektionisten auf dem Vormarsch. Jahrelang blieben sie stumm und fraßen den Frust in sich hinein, jetzt haben sie einen Weg gefunden, sich zu Gehör zu bringen und die Aufmerksamkeit zu erhalten, die ihnen so lange nicht zuteil wurde. Die AfD ist die Partei, die ihnen Gehör verschafft. Dass sich so viele Arbeiter und einfache Leute den populistischen Bewegungen anschließen, ist eigentlich ein Akt des Willens zur Selbstbehauptung, ein energisches Lebenszeichen. Sie wollen nicht verlieren, sie wollen die Schmähungen nicht auf sich sitzen lassen, sondern auch zu den Gewinnern zählen. In dieser Sicht der Dinge ist es mithin eine ziemlich gut nachvollziehbare und gleichsam rationale Wahl, die die Anhänger des Populismus getroffen haben. Es handelt sich um politische Notwehr, um eine Notfallreaktion von Leuten, die hier ihre letzte Chance sehen. Bezogen auf Frankreich:

»Durch die Wahl von Rechtspopulisten kehren Menschen, die sich von den etablierten Parteien nicht repräsentiert sehen, in den politischen Raum zurück. Und der Front National gibt ihnen nicht nur sprachlich eine Heimat, weil er die Vergesenen und Abgehängten als solche adressiert. Er schlägt ihnen auch eine neue soziale Agenda vor.« (Jörke/Heisterhagen 2017)

Und aus dem gleichen Grund haben die Abgehängten auch in Amerika für einen Mann gestimmt, der ihnen Siege verspricht.

So gut begründet in diesem Gang der Argumentation die Enttäuschung und die Wut über die neoliberale Ära sind, so wenig stößt freilich die Wendung nach rechts auf Gegenliebe bei den linken Aufklärern. Denn die Lösungen, die der Populismus anbietet, laufen nicht weniger als die Versprechungen des Neo-Liberalismus auf Lug und Trug hinaus. Hier wird der Druck, den die Arbeiter und kleinen Leute selber erfahren

haben, in die einfachste aller möglichen Richtungen weitergegeben, gegen die, die noch weniger haben. Auch die Wendung gegen den Islam ist aus dieser Perspektive betrachtet nur die Ablenkung, die die wahren Ursachen des Elends aus dem Blick nimmt.

Mit diesem Argument schließt sich der Kreis, und eigentlich ist alles gut erklärbar und verständlich. Den kleinen Leuten ging es immer schlechter. Die neoliberale Wirtschaftspolitik und die ihr entsprechende Gesellschaft haben ihnen das Blaue vom Himmel versprochen, sie in Wirklichkeit aber ins Abseits gestellt. Jetzt merken sie, dass die Hoffnungen, die man ihnen gemacht hat, nicht in Erfüllung gehen. Deswegen fühlen sie sich verraten, und dieses Gefühl besteht zurecht, weil diejenigen, die früher mal ihre Interessenwahrer waren, ihnen tatsächlich ein X für ein U vorgemacht haben. Und weil das so ist, gehen sie jetzt nach rechts. So haben wir es im Kern mit einem ins Kulturelle und Nationale verschobenen Klassenkampf zu tun. Der Populismus ist, was seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert der Antisemitismus war: der Sozialismus der dummen Kerle. Im Grunde sind die Anhänger des Populismus verkappte Sozialisten, zumindest sind sie Antikapitalisten. Auch Claus Leggewie (2016: 59f) vertritt dieses Argument und hat es schön zusammengefasst:

»Heute erleben wir wieder eine Art Klassenkampf an die falsche Adresse, denn die primären Nutznießer der wachsenden Einkommens- und Vermögensungleichheit sitzen natürlich nicht in Parlamenten und Kanzlerämtern, sondern in Banken, Unternehmen und Steuerparadiesen. [...] Mit dem Islam hat all dies wenig bis nichts zu tun, aber Muslime dienen, wie einst (und bei einigen noch heute) die Juden als Sündenböcke. Islamfeindlichkeit ist auch eine Antwort auf soziale Vereinzelung, auf die Angst vor einer allzu bunten Welt und den Verlust des Schutzes durch einen starken Sozial- und Sicherheitsstaat – prinzipiell nachvollziehbare Emotionen, die sich leicht politisieren und von politischen Unternehmern ausbeuten lassen.«

Die einzig vernünftige Abhilfe kann nur darin bestehen, eine wirklich konsequente linke Politik zu betreiben, die die Interessen der Arbeiter und kleinen Leute wieder ernst nimmt, sich um sie kümmert, sie schützt, sie fördert. Also muss die soziale Gerechtigkeit zum Schlüsselthema werden. Die Sozialdemokratie muss zu ihren »Wurzeln als linke Volkspartei zurückkehren, die sich auch als Anwalt der ›kleinen Leute‹ versteht« (Jörke/Heisterhagen 2017) und den demokratischen Klassenkampf wieder auf die Tagesordnung setzen (Dörre 2016: 259).

(5) In anderen, konkurrierenden Beschreibungen hört sich die Geschichte anders an. Schon die Krisenbehauptung selber wird hier bestritten. In Wirklichkeit geht es den Leuten gar nicht so schlecht, es wird zwar viel gejammert, aber eigentlich kann das nicht an der realen Lebenssituation liegen. Es geht ihnen besser als sie es selber wahrhaben wollen. Die Ängste und Gefühle sind irrational und durchaus unbegründet. Mit den harten Zahlen stimmen sie nicht überein. Deutschland geht es ökonomisch so gut wie nie zuvor, die Deutschen exportieren und konsumieren mehr denn je.

Freilich hat diese Sichtweise dann wiederum ihre liebe Mühe damit, die gereizte und schlechte Stimmung im Lande zu erklären. Sie ist notgedrungen auch sehr schnell bei einer Sündenbocktheorie und macht bei der Suche nach den Ursachen der schlechten Stimmung diejenigen aus, die den Leuten unentwegt einreden, dass es ihnen schlecht geht. Dann sind die Abstiegs- und Zukunftsängste der Generation Y ebenso wie die Ängste der alten weißen Männer in den USA eher herbeigeschrieben und herbeigeschrien worden als dass sie wirklich stimmen. Wenn es Probleme gibt, haben sie mit den Unsicherheitsgefühlen zu tun, die mit Anpassungen an neue Bedingungen immer einhergehen, die aber normalerweise nur vorübergehender Natur sind und auf keinen Fall die depressive Stimmung rechtfertigen, die viele offenbar ergriffen hat.

Es ist hier nicht der Ort, in die Schlacht um die Zahlen und ihre Interpretation einzusteigen. Es ist wahrlich nicht von der Hand zu weisen, dass man etwa die Rolle der Agenda 2010 viel positiver sehen kann, als das in der linken Krisenerzählung üblich ist. Ihre Befürworter können beispielsweise auf den französischen Nachbarn hinweisen, bei dem die neoliberale Deregulierung des Arbeitsmarktes weitgehend unterblieb, die rechtsnationalistische Bewegung aber noch viel stärker ist als hierzulande. Also kann die Deregulierung nicht der Sündenfall sein, auf den alles zurückgeht. Und ferner ist oft und nicht grundlos betont worden, dass die Bundesrepublik, der Ende des vorigen Jahrhunderts noch häufig genug in wirtschaftlicher Hinsicht das Attest eines alten, lahmen kranken Mannes ausgestellt wurde, nicht zuletzt dank der Agenda 2010 die Kriseneinbrüche gut überstand, weil beispielsweise bei Auftragsflaute nicht gleich entlassen werden musste, sondern das Instrument der Kurzarbeit eingesetzt werden konnte und die Befristungen der Arbeitsverträge es den Unternehmen möglich machten, flexibel auf die Schwankungen der Konjunktur zu reagieren.

Ferner kommt in der linken Krisenerzählung überhaupt nicht vor, was sich strukturell in den letzten Jahrzehnten im Bereich von Produktion und Zirkulation tatsächlich verändert hat. So beklagt etwa Eribon (2009) mit reumütiger Geste, dass sich die Intellektuellen weit von den Sorgen und Nöten der alten Arbeiterklasse entfernt und damit deren rechte Anwandlungen im Grunde doch förmlich provoziert haben, aber nirgendwo zieht er daraus die Konsequenz, sich für die wirtschaftlichen Strukturveränderungen und ihre Konsequenzen wirklich zu interessieren und ihnen seine Aufmerksamkeit zuzuwenden. Können die Segmentierungen des Arbeitsmarkts rückgängig gemacht werden? Ist die Spaltung zwischen hochqualifizierten Fachkräften und Kreativen einerseits und den anderen, für die dann nur noch Dienstleistungen übrigbleiben, ein Phantom oder eine Realität? Was ist, wenn der Strukturwandel der Arbeit ganze Berufsbilder und Arbeitsprofile zerstört? Stimmt es, dass durch das Aufkommen und die Verbreitung künstlicher Intelligenz jetzt auch die Arbeitsplätze in der Mittelschicht bedroht sind und dann nur noch Arbeitsplätze in der Intensivpflege, für Kreativarbeiter sowie für Management und Aufsichtspersonal bleiben?

Schon auf den ersten Blick wird klar, dass wir es heute nicht mehr mit der Schwerindustrie des Kohlenpotts und der klassischen Autoindustrie zu tun haben, sondern die für das digitale Zeitalter typischen Unternehmen heute ganz andere Namen tragen: Google, Facebook, Amazon und nicht mehr Krupp, Siemens oder VW. Nach Dahrendorf (2000: 1064) besteht der entscheidende Punkt der neuen »globalen Klasse« darin, dass ihr Reichtum nicht mehr auf die Arbeit und Ausbeutung größerer Anzahlen von Arbeitskräften angewiesen ist, sondern auf andere Ressourcen zurückgeht.

»Die klassischen Kapitalisten brauchten die Arbeit, um ihre Produktivkraft zu nutzen. [...] Die aufsteigende globale Klasse indes braucht nicht alle prinzipiell verfügbare Arbeit. (Wenn ich ein Buch über diese Klasse und die neuen Konflikte schreibe, werde ich es *Kapital ohne Arbeit* nennen.) Die Arbeit, die für viele gefunden wird, hat daher etwas Beliebiges, fast Überflüssiges.«

Die Digitalisierung macht die niedrig qualifizierten Arbeitstätigkeiten überflüssig und in wachsendem Maße auch die Jobs der Mittelklasse. Bislang konnten die verlorenen Jobs durch neue ersetzt werden. Zuerst war man Farmer, dann Fabrikarbeiter, danach arbeitete man im Servicecenter. Das ist jetzt vorbei, wie Francis Fukuyama (2016: 49) meint:

»Dass technologischer Fortschritt zuverlässig neue Jobs produziert – von dieser Gesetzmäßigkeit können wir nicht länger ausgehen. So wird Technologie zur Belastung für die Demokratie, genauso wie die Erderwärmung und andere Grenzen des Wachstums.«

Wie sieht der Weg aus, sich über die damit verbundenen Fragen und Probleme zu verständigen, ohne dass aus der Angst vor den wirtschaftlichen Umwälzungen eine Panik wird? Was macht die Arbeitsgesellschaft, wenn ihr die Arbeit ausgeht? Für diese Kontexte und Entwicklungen hat die Wiederentdeckung der sozialen Frage keinen Blick. Insofern ist in ihr eine Menge Nostalgie enthalten, die auch von einem gehörigen Schuss schlechten Gewissens gespeist wird.

III. DIE ENTFREMDUNGSKRISE

Begeben wir uns also auf die Suche nach anderen und die Perspektive ergänzenden Beschreibungen des Phänomens. Ich greife in aller Kürze vier Gesichtspunkte auf: (1) Wer über den Populismus redet, darf von der großen Verunsicherung, die die gesamte Gesellschaft ergriffen hat, nicht schweigen. Man muss (2) die gereizte Stimmung und (3) die soziale Physiognomie berücksichtigen, die die Gegenwartsgesellschaft prägt, und man muss (4) diese Phänomene schließlich in den Zusammenhang einer langfristig wirksamen Tendenz gesellschaftlicher Atomisierung einordnen. Alles in allem ergibt das das Bild einer Entfremdungskrise und nicht das Bild einer Klassengesellschaft.

(1) Der Populismus bezieht die Wucht, die von ihm gegenwärtig ausgeht, nicht allein aus der sozialen Ungleichheit, sondern speist sich zusätzlich aus einer gesellschaftlichen Verunsicherung, die weit über den Kreis der materiell Benachteiligten und Abgehängten hinausgeht. Die Verunsicherung ist das Resultat des Unbehagens in und an der Moderne, das durch die gesellschaftlichen Umbrüche der jüngeren Zeit noch einmal neue Nahrung bekommen hat. Der abgrundtiefe Hass, in den die Verunsicherung mündet, bricht sich an vielen Stellen und nicht nur in den sog. sozialen Netzwerken eruptiv Bahn. Er nimmt nicht gezielt ausgewählte Objekte ins Visier, sondern ist immer auf der Suche nach Anlässen und Situationen, die ihm die Möglichkeit zur Entladung bieten. Wer und was die Zerstörungswut auf sich zieht, gehorcht nicht den Kriterien einer

rationalen Wahl, sondern dem Zufall. Jeder und alles kann zum Objekt der Wut werden, die Homosexuellen so gut wie die Juden, die Feministinnen wie die Flüchtlinge oder die Touristen, die Eliten wie die Obdachlosen. Es ist wie beim Phänomen des Terrorismus: Der Zufall bestimmt darüber, ob man ihm zum Opfer fällt oder nicht, es kann jeden treffen, die Jungen wie die Alten, die Frauen wie die Männer, die Ungebildeten wie die Gebildeten, die Reichen wie die Armen, die Gläubigen wie die Ungläubigen. So wie jeder zum Objekt eines terroristischen Anschlags werden kann, so kann jedem bevorstehen, was den »Abgehängten« bereits widerfahren ist: überflüssig gemacht zu werden. So wenig man sich gegen einen terroristischen Anschlag durch vernünftiges persönliches Verhalten effektiv schützen kann, so wenig kann man sich dagegen schützen, irgendwann in diese Schicht der Überflüssigen, die die Gesellschaft als nicht verwendbar aussortiert, hinabgestoßen zu werden. Man weiß nicht, was man tun soll, um dem Unheil zu entgehen. Es ist diese Gefühlslage, die die Gegenwartsgesellschaften weithin bestimmt, das Gefühl, dass alles kontingent ist, dass das Schicksal wahllos und blind ist und wir uns eher als die ohnmächtigen Zuschauer eines Dramas verstehen müssen denn als handelnde Akteure, die ihr Los selber in der Hand haben. Es gibt kein richtiges Verhalten in dieser falschen Situation.

Diese Signatur der Zeit lässt sich nicht auf die soziale Ungleichheit beziehen und reduzieren, sie betrifft nicht nur die begrenzbar untere Schicht der Gesellschaft, sondern die gesellschaftliche Lage insgesamt. Die ökonomischen Entwicklungen sind darin nur ein Element und Glied in einer umfassenderen Ursachenkette. Wut, Hass und Ressentiment müssen ernster und als Ausdruck einer tieferliegenden Fremdheitserfahrung genommen werden, als es in der ökonomischen Theorie der sozialen Frage der Fall ist.

(2) In den gesellschaftlichen Schichten, in denen die Verunsicherung nicht gleich in Wut und Hass umschlägt, mündet sie immer noch in eine Stimmung voller Gereiztheit und Misstrauen. Stimmungen sind kein Spiegel und kein Abbild der objektiven Realität, aber sie finden Anknüpfungspunkte in ihr, die sie zu einer plausiblen Erzählung und Haltung verallgemeinern. Wer die Lage angemessen erfassen will, muss die Stimmungen in seine Beschreibungen aufnehmen (vgl. Bude 2016). Gereiztheit erkennt man daran, dass alles, was anders ist, als Affront erscheint, ausgedacht, um den Gereizten zu kränken, zu provozieren und zu beleidigen. Jeder misstraut jedem und jeder missbilligt, was der andere tut,

denkt und ist. Dann ist die Schwulenhochzeit die Beleidigung der traditionellen Institution der Ehe und ein Hohn auf die Familie. Mit der Errichtung eines innerstädtischen Minaretts wird das Abendland beleidigt und zur Disposition gestellt, und Schleier und Kopftuch stellen die mühsam errungenen Kämpfe um die Emanzipation der Frau in Frage. Es ist wie in der Kinderstube, in der die Aufmerksamkeit, die die anderen bekommen, automatisch auf Kosten der Zuneigung geht, die einem selber zuteil wird. Zugleich steckt darin die verteufelte Logik, dass es einem selber schon dann viel besser geht, wenn es den anderen schlechter geht.

Auf einer konkreteren Stufe finden Stimmungen ihren Niederschlag und Ausdruck in Erzählungen, in denen wir uns darüber verständigen, an welche Stelle und an welchen Ort wir unsere Existenz und unser Leben in den Lauf der Zeiten einordnen. Erzählungen geben Auskunft darüber, woher die Gesellschaft kommt und wohin sie gehen will. Sie sorgen für eine sichere Verankerung in den Zeitbezügen und geben der Unmenge an Geschehnissen eine Ordnung und Struktur, sie lichten das »Dunkel des gelebten Augenblicks« (Ernst Bloch), indem sie es in eine intuitiv verständliche Logik übergreifender Prozesse integrieren. Die Daten und Zahlen, die in die Statistiken eingehen, sind das eine, das andere sind die Stimmungen und Erzählungen, die die Daten in eine spontan überzeugende Deutung der Lage integrieren.

Die vorherrschenden Narrative sehen gegenwärtig weder für Deutschland noch für Europa allzu verlockend aus. Im großen und ganzen war für die Bundesrepublik in ihrer bisherigen Geschichte der Glaube maßgeblich, dass alles von Generation zu Generation besser wird, dass Wachstum und Wohlstand stetig zunehmen. Daran glaubt heute niemand mehr. Die Zuversicht, mit der die Nachkriegsdeutschen in die Zukunft schauten, ist gebrochen. Die Überzeugung, dass man aus eigener Kraft den Aufstieg schaffen kann, ist der Angst vor dem Abstieg gewichen. In den unteren und mittleren Schichten der Gesellschaft verbindet sich mit dieser Zukunftslosigkeit zugleich das Gefühl, dass uns alles abverlangt wird und die oben sich mit ihrem Reichtum aus dem Staub machen. Nachtwey (2016) zeichnet für die Bundesrepublik das Bild einer von Statusangst und prekärer Mitte geprägten Abstiegsgesellschaft.

Für Europa stellt sich alles noch viel schlechter dar. Wovon das Vorhaben der europäischen Integration einmal zehrte, dass sie nämlich als ein überzeugender Gegenentwurf zu den Verheerungen des totalitären Zeitalters gelten konnte, ist für die Jüngeren selbstverständlich geworden

und bringt sie nicht mehr dazu, mit Elan, Einsatz und Begeisterung für die Weiterführung des Projekts tätig zu sein. Da nutzt es auch nicht mehr, ihnen die historischen Errungenschaften dadurch vor Augen zu führen, dass man sie auf die Soldatenfriedhöfe der Schlachten des Ersten Weltkriegs und nach Auschwitz oder Treblinka führt. Offenbar fällt auch niemand mehr in Begeisterung, wenn man ihn als gewöhnlichen Nutzenmaximierer anspricht und ihm die Vorteile offener Grenzen, gemeinsamer Märkte und niedriger Roaming-Gebühren vor Augen führt.

Es wäre naiv zu glauben, dass man neue Erzählungen erfinden und verordnen könnte, so wie der Arzt eine Arznei verabreicht oder wie man einen Hebel oder Schalter umlegt. Tatsächlich hat die EU unter dem Kommissionspräsidenten Barroso einmal derartiges versucht, indem sie auf Anregung des Europäischen Parlaments im Jahre 2013 das Projekt »New Narrative for Europe« entwickelte, – und damit kläglich scheiterte (vgl. Petkovic 2017). Für die Erzeugung einer neuen Stimmung oder einer neuen Erzählung gibt es kein Rezept. Es ist kein Text, der an Schreibtischen und in Bürostuben, in Redaktionen oder PR-Büros ausgedacht und in Werbekampagnen unter das Volk gebracht werden könnte. Neue Narrative können nur aus dem Zusammenwirken vieler kleiner und großer Erfolge, gelingender und befriedigender Erfahrungen heraus entstehen, in denen sich die Beteiligten als mächtig erleben und ihnen etwas gelingt. Auf der allgemeinen Ebene gibt es nicht mehr als die Forderung, etwas Neues auf den Weg zu bringen, von dem noch niemand so recht weiß, worin es bestehen könnte.

»Europa muss mit originellen und innovativen Vorschlägen aufwarten, wie die Zukunft des Kontinents und der Weltgesellschaft egalitär, nachhaltig und kooperativ gestaltet werden kann. Den Erzählungen über Angst, Niedergang und Unterwerfung muss es Narrative der Hoffnung und der Zivilcourage entgegensetzen.« (Leggewie 2016: 149)

Der Wunsch ist gut, aber noch nicht seine Erfüllung.

Von der gereizten Stimmung und den wutbeladenen Gefühlslagen, die heute vorherrschen, profitiert der Populismus. Er verwandelt die düstere Lage in Begeisterung und Enthusiasmus für die eigenen Parolen und Programme. Kein Zweifel, dass gegenwärtig gerade das Anti-Moderne und die Regression en vogue sind. Nicht zu Unrecht hat Trump seinen Wahlerfolg damit erklärt, dass er die Aufbruchsstimmung und

den Enthusiasmus auf seiner Seite hatte. Die Verteidiger der offenen Gesellschaft wirken müde und erschöpft, die Apologeten der Regression stecken voller Elan und Tatkraft. Trump konnte seine Anhänger mobilisieren und euphorisieren, Clinton konnte es nicht, – das war, wie Navid Kermani (2016) in seinem Stimmungsbericht über seine Reise durch Amerika meint, der entscheidende Grund für den Ausgang der Wahlen. Der kämpferische Trump aktivierte den Enthusiasmus seiner Leute, die selbstgerechte Clinton konnte die Lähmung ihrer Anhänger nicht lösen. Ähnlich war es beim Brexit. Seine Protagonisten legten sich mit Elan und Überzeugungskraft ins Zeug, die Brexit-Gegner waren eher passiv, blieben der Abstimmung vielfach fern und rieben sich nach der Entscheidung verwundert die Augen. Die Populisten verkörpern den Aufbruch und das Neue und reklamieren den »Enthusiasmus-Faktor« (Trump) für sich. »Wenn etwas aus den Wahlen in Amerika für Europa zu lernen ist, dann dies: Nur die Aussicht auf Veränderung erzeugt Begeisterung, niemals der Status quo, so kommod er auch sein mag.« (Kermani 2016)

(3) Die soziale Physiognomie der gegenwärtigen Gesellschaft ist sehr viel komplizierter als die These von der sozialen Ungleichheit behauptet. Es gibt nicht nur die Übergangenen und Abgehängten, deren Alltag mit dem Kampf ums Überleben ausgefüllt ist und die sich dem Populismus zuwenden, sondern eine untere Mittelschicht, die geradezu als Protagonisten der Verbitterung gelten kann, damit ansteckend wirkt und vielfach zum organisierenden Kern der populistischen Bewegung zu zählen ist. Bude (2016a) hat auf diese Gruppe aufmerksam gemacht und beschreibt sie so:

»Bei Befragungen zur Stimmungslage fällt eine Gruppe ins Auge, die höher gebildet und nicht schlecht verdienend ist, die sich als weltoffen bezeichnet, aber der die ganze Richtung der ›Willkommenskultur‹ gegen den Strich geht. Es handelt sich um 10 % der repräsentativ Befragten, die bei näherem Hinsehen starke Überzeugungen von ihrer Kompetenz haben, aber von dem Gefühl beherrscht sind, dass sie aufgrund von Bedingungen, die sie selbst nicht kontrollieren konnten, unter ihren Möglichkeiten geblieben sind. Das sind die Verbitterten der deutschen Wohlstandsmitte. Sie leben nicht im prekären Wohlstand, sie sind nicht sozial abgerutscht, sie pushen sich nur mit dem Hass auf eine Welt auf, von der sie sich abgefertigt und missachtet fühlen. Als ›unnütze Normale‹ (Jacques Donzelot) mit Hochschulabschluss und Eigentumswohnung erheben sie sich gegen ›Lügenpresse‹ und Systempolitiker. In unbeherrschtem Ton machen sie gegen

die Quatschbuden der Nation mobil und finden Beifall von einem missgelaunten Kleinbürgertum, das sich in seinen ›kleinen Lebenswelten‹ durch vermehrte Wohnungseinbrüche, ›queeren‹ Sexualkundeunterricht und das Inkasso-Gebaren der GEZ gestört fühlt.«

Ergänzt mit den Gruppen der Selbstgerechten und Übergangenen schätzt Bude die Größenordnung dieser Unzufriedenen auf ca. ein Drittel der deutschen Wählerschaft. In diesem Drittel wächst der Groll, da gibt es viel Erschöpfung, da steigen die Leute aus der Gesellschaft der Bundesrepublik aus. Sie sind fremd geworden im eigenen Land, sie fühlen sich in ihrem eigenen Leben und in ihrem eigenen Land nicht willkommen und nicht geschützt, und sie sehen um nichts auf der Welt ein, warum sie andere willkommen heißen oder aufnehmen und integrieren sollten.

(4) Nicht nur die Stimmungslage und die soziale Physiognomie müssen wir berücksichtigen, um die Signatur der Gegenwart zu skizzieren. Damit das Bild einigermaßen vollständig wird, müssen wir auch den gravierenden Strukturwandel der Öffentlichkeit hinzunehmen, in dem sich die Fragmentierung, Entdifferenzierung und Atomisierung der Gesellschaft gegenwärtig in massiver Weise fortsetzt, niederschlägt und verstärkt. In gewisser Weise kommt die Zweite Moderne im Felde der Kommunikation zu sich selbst. Hier wie nirgendwo sonst werden die ohnedies vorhandenen Fliehkräfte der Gesellschaft deutlich und zugleich massiv verstärkt. Gemessen daran fällt die Bedeutung der Agenda 2010 für die Auflösung der politischen und sozialen Bindekräfte (vgl. Neckel 2016) kaum noch ins Gewicht.

Es ist mittlerweile oft beschrieben worden: Die virtuellen und unverbindlichen Kommunikationen treten an die Stelle realer Zusammenkünfte zu Gruppen, Vereinigungen und Organisationen. Die Nutzer stellen sich ihre persönlichen Kommunikations-Menüs nach ihren jeweiligen Vorlieben zusammen und können sich dadurch in den medialen Echoräumen der reinen Selbstbestätigung der Konfrontation mit der Weltsicht der Anderen entziehen. Die Anonymität lädt dazu ein, ohne Verantwortungsübernahme extreme Positionen einzunehmen und sie in einer Spirale der Steigerung immer resistenter abzugrenzen. Die Virtualisierung führt dazu, dass sich die Grenzen des Sagbaren und Konsensfähigen in rasender Geschwindigkeit und ohne reale Erfahrungsgrundlage verschieben und auflösen. Gerüchte und Nonsense zirkulieren blitzschnell und müssen sich nicht mehr an der Realität oder an Stellungnahmen und

Perspektiven anderer ausweisen und bewähren. In der konsequenzlosen Kommunikation atomisierter Individuen werden soziale Gruppen, Bindungen und Verantwortlichkeiten pulverisiert.

Wenn man die Bedeutung des Strukturwandels der Öffentlichkeit, der sich unter unseren Augen vollzieht, verstehen will, muss man ihn in Verbindung bringen mit dieser allgemeinen Tendenz der modernen Gesellschaften. Es setzt sich hier auf höherer Stufe eine Linie fort, die für die historische Entwicklung seit langem charakteristisch ist. Schon einige Zeit vor dem Siegeszug des Internet hat Ulrich Beck (1986) sie unter dem Titel der Zweiten Moderne zusammengefasst und dadurch gekennzeichnet, dass in ihr die aus der Zeit der Ersten Moderne noch wohl bekannten sozialen und politischen Verankerungen in Gruppen, Schichten, und Klassen aufgelöst werden. Aus der Klassengesellschaft wird eine Gesellschaft der Individuen und der »vereinzelten Einzelnen« (Marx). Hannah Arendt (1951/1955: 495ff) hat den Prozess im 10. Kapitel ihrer klassischen Studie über *Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft* ganz ähnlich beschrieben. Zu Zeiten der Klassengesellschaft, so lautet ihre Überlegung, sind die Menschen noch in ihrer jeweiligen Klasse und Schicht zu Hause, verwurzelt und beheimatet. Die Klassengesellschaft und die für sie typischen Gesellschaftsbildungen lösen sich vor allem in der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg rapide auf, unterliegen einem Prozess fortgesetzter Erosion und setzen schließlich die heimatlosen, ungebundenen und vagabundierenden Massen frei, die niemals die Erfahrung von politischer Organisation und politischem Handeln gemacht haben und deswegen zu einer leichten Beute totalitärer Herrschaftsansprüche werden konnten. In der Begriffssprache der Soziologie wird der gleiche Prozess als der Übergang aus ständischen und gemeinschaftlichen Bindungen der quasi-natürlichen Familien, lokalen Gemeinden und Vereinigungen, Gewerkschaften und Klassen in willensabhängige, vertragliche Verpflichtungen beschrieben. Von ihnen bleibt am Ende nur noch der Arbeitsvertrag übrig, der nun heute auch noch dazu tendiert, eher eine Ausnahme als die Regel zu sein. Das hinterlässt eine Leere, die dann sekundäre Ordnungs- und Sinnangebote oftmals fragwürdiger Art zu füllen versuchen (vgl. Dahrendorf 2000).

Versteht man die gegenwärtigen Entwicklungen vor dem Hintergrund dieses Prozesses, dann lässt sich auch die »Krise der Repräsentation«, die im Kontext der Behauptung von der Wiederkehr der sozialen Frage häufig diagnostiziert wird (Nachtwey 2016a: 310), angemessener verstehen. Im

19. Jahrhundert konnten sich die Parteien zu Recht als die Interessenvertreter der jeweiligen Klassen, Schichten und sozialen Gruppierungen im politischen Raum verstehen. Wenn die gesellschaftliche Differenzierung erodiert, erodiert damit aber zugleich auch die soziale Basis der politischen Parteien. Sie können dann nicht mehr die Organisationen sein, die die Interessen der Klassen, Schichten und sozialen Gruppen zur Geltung bringen, sondern müssen sich nolens volens in Einheiten verwandeln, die ein Eigeninteresse definieren, für das sie sich dann im gesellschaftlichen Raum die soziale Basis erst suchen müssen. Die originären Interessen, die die politischen Parteien vertreten wollen, sind ihnen weithin abhand gekommen. Händeringend gehen sie dazu über, jene gesellschaftlichen Gruppen ausfindig zu machen, als deren Anwälte sie sich verstehen könnten. Mit Hilfe von Experten und Kommissionen denken sie sich Programme aus, um dann im zweiten Schritt die Leute zu entdecken, die bereit sind, sich damit zu identifizieren und bei den Wahlen entsprechend zu votieren. Auf diesem Hintergrund wird ein großer Teil des Irrlichterns verständlich, das die politischen Parteien schon seit langer Zeit an den Tag legen. Sie gleichen den Unternehmern, die die Marktlücken ausfindig machen, in die sie mit ihren Produkten hineingehen können.

SCHLUSSBEMERKUNG

Man kann die Elemente, die ich hier eher angedeutet als entfaltet habe, gut unter der Diagnose der »Entfremdungskrise« (Rosa 2016: 289) zusammenfassen. Mit dem Begriff der Entfremdung, den Marx seinerzeit zugunsten des von ihm behaupteten Vorrangs der Arbeit aufgegeben hatte, kommen Kontexte in den Blick, die in der vergleichsweise einfachen These von der Wiederkehr der sozialen Frage verloren gehen. Die theoretischen Bezüge, in denen das Entfremdungsthema erörtert und verhandelt werden kann, sind eher die Kritische Theorie und Hannah Arendt als die Kapitalismuskritik von Marx und die neo-marxistischen Revitalisierungsversuche.

In dieser umfassenderen Sicht der Dinge kann der Populismus jedenfalls nicht auf die Peripherie der Gesellschaft begrenzt werden. Wir haben es vielmehr mit einem Phänomen zu tun, das auch das Zentrum betrifft und den Zustand der Gesellschaft insgesamt charakterisiert. Dann ist es aber auch mit einem Programm zur Revision der Agenda 2010, so

sinnvoll sie als Einzelmaßnahme sein mag, nicht getan. Da helfen keine Wahlgeschenke und Bußgänge. Die materielle Not ist immer auch eine Frage der Ehre, die mit Geschenken und Almosen nicht künstlich wieder hergestellt werden kann. Und auch in den skandinavischen Staaten, in denen deutlich mehr Umverteilungen stattfinden als in Deutschland, sind die populistischen Parteien nicht eben schwach. Der Schrei nach Anerkennung, der hinter Unzufriedenheit, Misstrauen und Gereiztheit in unserer Gesellschaft steckt, ist so einfach nicht zu besänftigen, das Gefühl, fremd im eigenen Land zu sein (vgl. Hochschild 2016), kann durch wohlwollenden Paternalismus nicht aus der Welt geschafft werden. Was daraus im einzelnen folgt – das auszubreiten wäre dann freilich noch einmal eine andere Geschichte.

LITERATUR

- Adorno, Theodor W. (1950): Studien zum autoritären Charakter, Frankfurt a.M. 1982.
- Arendt, Hannah (1951/1955): Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft, München 1986.
- Arendt, Hannah (1963): Über die Revolution, München 1974.
- Beck, Ulrich (1986): Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne, Frankfurt a.M.
- Böll, Sven, et al. (2017): Geteilte Republik, in: Der Spiegel 9, 25. Februar.
- Boltanski, Luc (2012): Rätsel und Komplotte. Kriminalliteratur, Paranoia, moderne Gesellschaft, Berlin 2015.
- Brost, Marc et al. (2016): Gegen den Populismus hilft, in: Die Zeit, 8. Dezember.
- Bude, Heinz (2016): Das Gefühl der Welt. Über die Macht von Stimmungen, München.
- Bude, Heinz (2016a): Die neue soziale Spaltung. Deutschland geht es so gut wie nie. Wie kann es dann sein, dass jeder Dritte sich abgehängt fühlt?, in: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 10. April.
- Crouch, Colin (2008): Postdemokratie, Frankfurt a.M.
- Dahrendorf, Ralf (2000): Die globale Klasse und die neue Ungleichheit, in: Merkur 54.

- Dörre, Klaus (2016): Die national-soziale Gefahr. PEGIDA, Neue Rechte und der Verteilungskonflikt – sechs Thesen, in: Karl-Siegbert Rehberg et al. (Hg.), PEGIDA – Rechtspopulismus zwischen Fremdenangst und ›Wende«-Enttäuschung?, Bielefeld.
- Eco, Umberto (2015): NullNUMMER. Roman, München.
- Eribon, Didier (2009): Rückkehr nach Reims, Berlin 2016.
- Fromm, Erich (1936): Theoretische Entwürfe über Autorität und Familie. Sozialpsychologischer Teil, in: Erich Fromm et al., Autorität und Familie, Paris.
- Fromm, Erich (1980): Arbeiter und Angestellte am Vorabend des Dritten Reiches. Eine sozialpsychologische Untersuchung. Bearbeitet und herausgegeben von Wolfgang Bonß, Stuttgart.
- Fukuyama, Francis (2016): »Demokratie stiftet keine Identität«. Ein Gespräch mit dem amerikanischen Politikwissenschaftler Francis Fukuyama, in: Die Zeit, 17. März.
- Giddens, Anthony (1997): Jenseits von links und rechts. Die Zukunft radikaler Demokratie, Frankfurt a.M.
- Hamilton, Alexander (1787): 1. Artikel. Einleitung. An das Volk des Staates New York, in: Alexander Hamilton/James Madison/John Jay, Die *Federalist*-Artikel. Politische Theorie und Verfassungskommentar der amerikanischen Gründerväter, herausgegeben, übersetzt eingeleitet und kommentiert von Angela Adams und Willi Paul Adams, Paderborn/München/Wien/Zürich 1994.
- Hochschild, Arlie Russel (2016): Strangers in Their Own Land. Anger and Mourning on the American Right, New York.
- Hofstadter, Richard (1965): The Paranoid Style in American Politics, and Other Essays, New York.
- Horkheimer, Max/Theodor W. Adorno (1944/1947): Dialektik der Aufklärung, in: Max Horkheimer, Gesammelte Schriften, Bd. 5, Frankfurt a.M. 1987.
- Jörke, Dirk/Nils Heisterhagen (2017): Was die Linken jetzt tun müssen, in: FAZ, 26. Januar.
- Kermani, Navid (2016): Bob und die Weite des Himmels, in: Die Zeit, 8. Dezember.
- Leggewie, Claus (2016): Anti-Europäer. Breivik, Dugin, al-Suri & Co., Berlin.

- Nachtwey, Oliver (2016): Die Abstiegs-gesellschaft. Über das Aufbegehren in der regressiven Moderne, Berlin.
- Nachtwey, Oliver (2016a): Politische Gelegenheitsstrukturen und der neue Autoritarismus, in: Karl-Siegbert Rehberg et al. (Hg.), PEGIDA – Rechtspopulismus zwischen Fremdenangst und ›Wende‹-Enttäuschung?, Bielefeld.
- Neckel, Sighard (2016): Aus Scham wird Rache, in: Süddeutsche Zeitung, 22. November.
- Petkovic, Mihaela (2017): Gedächtnisregime im Konflikt: Geschichtspolitik und Erinnerungskultur in der EU seit der Osterweiterung, Phil. Diss., Aachen.
- Rehberg, Karl-Siegbert/Franziska Kunz/Tino Schlinzig (Hg.) (2016): PEGIDA – Rechtspopulismus zwischen Fremdenangst und ›Wende‹-Enttäuschung?, Bielefeld.
- Rosa, Hartmut (2016): Der Versuch einer sklerotischen Gesellschaft, sich die Welt vom Leibe zu halten – und ein Vorschlag zum Neuanfang, in: Karl-Siegbert Rehberg et al. (Hg.), PEGIDA – Rechtspopulismus zwischen Fremdenangst und ›Wende‹-Enttäuschung?, Bielefeld.
- Ulrich, Bernd (2016): Trumps Wahlsieg. Ganz unten ... aber nicht am Ende, in: Die Zeit, 9. November.